

Verbands-Zeitung

Publikationsorgan des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands
(vormals: Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen)

Erscheint alle 14 Tage.
Wegungspreis: Ab 1. April 1924: monatlich 1,20 M.-Mark.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Verleger und verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Berlin-Neukölln
Redaktion und Expedition: Berlin O. 27, Schilderstraße 6
Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68.

Insertionspreis
Geschäftsanzeigen: die sechs-spaltige Nonpareilzeile 40 Goldpfennig.
Gratulationen d. Zeile 30 Goldpf., für Todesanzeigen d. Zeile 20 Goldpf.

Die Alkoholgetränke-Industrie. - Arbeiterschaft und Konzernbildung.

In der Feststellung der Arbeiterverteilung der deutschen Industrie Ende 1921, bearbeitet in der Reichsarbeitsverwaltung und kartographisch dargestellt, ist die Alkoholgetränke-Industrie zusammengefaßt. Und zwar als:

Gruppe 1: Weinkellereien, Herstellung von Schaum-, Frucht- und Obstweinen;

Gruppe 2: Branntweimbrennereien, Likör- und Essenzherstellung, Spritaffinerien und Preßhefeherstellung;

Gruppe 3: Mälzereien und Brauereien.

Die Ziffern, die gegeben werden, sind mit gewissen Einschränkungen zu bewerten. Sie können allerdings nicht dem Friedensstand entsprechen, aber für die jetzigen Verhältnisse bieten sie immerhin einen Vergleichsmaßstab, wenn sie auch nicht mehr ganz zutreffen werden. Die Ziffern der Friedenszeit sind in allen drei Gruppen ungleich größer, namentlich in der Gruppe: Mälzereien und Brauereien, besonders bezüglich der Zahl der Arbeiter.

Wirtschaftliche Hemmungen und gesetzliche Beschränkungen der Produktion in der Kriegs- und Nachkriegszeit, und gleichermaßen Beschränkungen des Konsums bewirkten eine ganz erhebliche Umstellung und Betriebskonzentration in den verschiedenen Industrien und auch eine erhebliche Minderung der Arbeiterzahl infolge der zahllosen Betriebsstillegungen. Ende 1921 finden wir etwa die Hälfte und weniger der Arbeiterzahl, die im letzten Friedensjahr in den verschiedenen Industriegruppen beschäftigt war. Die Ziffern, die hier gegeben werden, beziehen sich auf das gegenwärtige Deutschland einschließlich der abgetrennten Teile von Oberschlesien, ohne den Freistaat Danzig und ohne den Saarstaat. Es waren Ende 1921 nach der Darstellung vorhanden:

In Gruppe 1: Weinkellereien, Schaum-, Frucht- und Obstweinbetriebe.

Im Deutschen Reich	Betriebe	Arbeiter
Davon in	745	4092
Preußen	145	1625
Bayern	64	502
Sachsen	18	193
Württemberg	134	336
Baden	262	630
Hessen	87	558
Hamburg (Staatsgebiet)	30	191
Bremen (Staatsgebiet)	3	37
Odenburg	1	17
Thüringen	1	3

In Gruppe 2: Branntweimbrennereien, Likör- und Essenzherstellung, Spritaffinerien und Preßhefeherstellung.

Im Deutschen Reich	Betriebe	Arbeiter
Davon in	1291	11 330
Preußen	857	7 361
Bayern	128	1 040
Sachsen	70	752
Württemberg	46	445
Baden	83	684
Hessen	13	151
Hamburg (Staatsgebiet)	17	349
Mecklenburg-Schwerin	23	220
Odenburg	11	91
Braunschweig	11	71
Thüringen	13	59
Anhalt	4	51
Bremen (Staatsgebiet)	6	6
Lippe	2	10
Mecklenburg-Strelitz	1	2
Schaumburg-Lippe	5	38
Lübbeck (Staatsgebiet)	1	—

In Gruppe 3: Mälzereien und Brauereien.

Im Deutschen Reich	Betriebe	Arbeiter
Davon in	3384	55 151
Preußen	1076	26 899
Bayern	1316	13 764
Sachsen	195	3 900
Württemberg	289	2 599
Baden	249	2 200
Thüringen	101	1 448

	Betriebe	Arbeiter
Hessen	52	1 170
Hamburg (Staatsgebiet)	7	441
Mecklenburg-Schwerin	22	488
Odenburg	9	90
Braunschweig	20	508
Anhalt	18	738
Bremen (Staatsgebiet)	6	627
Lippe	5	52
Lübbeck (Staatsgebiet)	6	137
Mecklenburg-Strelitz	6	62
Waldeck	4	20
Schaumburg-Lippe	3	58

Die Einschränkungen der Produktion und die Verminderung der Arbeiterzahl müssen wir als gegebene Tatsache hinnehmen, notwendig ist aber, sich mit den Begleiterscheinungen dieser für die Arbeiter bedauerlichen Tatsachen zu beschäftigen. Wir haben schon vor Jahren auf die Entwicklung der Konzerne in der Getränkeindustrie hingewiesen, die Vereinigung von Betrieben der verschiedenen Branchen unter der Herrschaft eines oder mehrerer vereinigten Unternehmungen oder die Unterstellung unter deren Einfluß. Wir hatten damals besonders mit folgenden Konzernen zu tun und ihren Umfang dargestellt: Ostwerke-Kahlbaum-Schultheiß-Pagenhofer; Engelhardt; Rückforth; Sinner; Riebeck. Im Laufe der Zeit haben sich nicht nur diese Konzerne weiter ausgebreitet, es sind auch eine Anzahl anderer ins Leben getreten, so daß ein großer Teil der Produktion von diesen Konzernen beherrscht wird. Soweit Feststellungen vorliegen, und so weit sie uns bekannt sind, hat die Welt der Konzerne in der Getränkeindustrie folgende Ausbreitung:

Dem Ostwerke-Kahlbaum-Schultheiß-Pagenhofer-Konzern sind angegliedert die beiden großen vereinigten Brauereifirmen Schultheiß-Pagenhofer mit ihren etwa 12 Produktionsstätten (Brauereien und Mälzereien) in Frankfurt a. d. O., Berlin und Umgegend, Fürstenwalde, Dessau und Breslau; ferner die Brauereien in Hindenburg, Oppeln, Giesmausdorf, Strehlen, München (Pilsner), Breslau (Brauerei Haase), Brieg; die Kahlbaumwerke Berlin, Spiritbetriebe in Randzin, Breslau; Weinbetriebe in Grünberg, daneben auch noch Mühlebetriebe in Breslau, Schottwitz, Hartlieb, Landeshut, Volkshain, Patzschau, Hindenburg, Groß-Wartenberg, Oels.

Der Riebeck-Konzern umfaßt neben der gleichnamigen Brauerei in Leipzig die Brauereien in Altenburg, Gera und Finsterwalde, je einen Betrieb in Mülsen, Greiz, Torgau, Wurzen, Eilenburg, Leipzig, Magdeburg, Bittenberge, Oschersleben, Sorau, Arnstadt, Greußen, Gräfenthal, Heßberg, Königsee, Kahla, Salzmungen, Meiningen, Erfurt, Köchlich und Zwickau. Zur Verstärkung des Absatzes im Hauptbetriebe wurden die Kontingente einiger Brauereibetriebe in Leipzig aufgekauft.

Zum Rückforth-Konzern gehören Brauereien in Königsberg 2, Litsch, Insterburg, Rastenburg, Braunsberg, Ebing, Grabow (Medzig), Grünberg; je eine; Bennerereien bzw. Hefeabriken und Weinbetriebe in Königsberg 2, Grünberg 2, Litsch, Reichenberg i. Schl., Emmertal und Gütersloh je eine, außerdem je eine Mühle in Breslau und Oels, sowie eine Nahrungsmittelfabrik in Insterburg. Die Fabrikation im Stammbetrieb in Stettin erstreckt sich auf Lebens- und Genussmittel fast aller Art.

Zum Engelhardt-Konzern gehören Brauereien in Berlin 2, Warmbrunn, Hirschberg, Gottesberg, Weißwasser, Breslau, Halle, Merseburg, Sangershausen, Rebra, Bamberg, Frankfurt a. O. je eine. Er steht unseres Wissens auch in Interessengemeinschaft mit dem Bürgerlichen Brauhaus Saalfeld; und einen Weinbetrieb im Rheinland. Ferner ist der Engelhardt-Konzern beteiligt an einem Brauereikonzerne in Oberitalien, der auch eine Brauerei in Messina und Tripolis errichtet hat. (Die Interessengemeinschaft des Engelhardt-Konzerns mit der Gilka u. S. und der Lindauer Aktienbrauerei ist aufgelöst.)

Neben diesen großen und größten Konzernen haben die Konzentrationsbestrebungen weiteren Umfang angenommen im ganzen Reich. In Stettin waren vor zirka zehn Jahren noch 10 Brauereien und 4 Brennereien bzw. Hefeabriken. Die Brauereien sind auf drei Betriebe zusammengeschmolzen und werden beherrscht von einer Interessengemeinschaft, die ihre Fangarme auf viele Orte der Provinz Pommern ausgestreckt hat. Sings der polnischen Grenze beherrscht diese Interessengemeinschaft fast ausschließlich das Feld.

Der Felsenkeller-Dresden-Konzern umfaßt neben dem gleichnamigen Betrieb noch zwei andere Brauereien in Dresden, 2 in Chemnitz, je einen in Freiberg, Gersdorf, Annaberg, Zwickau, Glauchau, Sebnitz, Pirna.

Der Eisenacher Aktienbrauerei sind angeschlossene je ein Betrieb in Berka a. Weerra, Hersfeld, Gortau, Salungen, Erfurt und Mansfeld.

Der Interessengemeinschaft „Bürgerliches Brauhaus Saalfeld“ angehören je ein Betrieb in Meiningen, Blantenhain, Schmiedefeld.

Das Sonneberger Brauhaus unterhält Verbindung mit der Exportbrauerei in Neustadt a. d. O., die beide je eine Anzahl Klein- und Mittelbetriebe vorher aufgekauft hatten.

In Schlessen besteht noch ein sogenannter Rulmih-Konzern, der folgendes Gebiet umfaßt: je eine Brauerei in Waldenburg, Croiswitz, Gortau, Frankenstein, Neuroda und eine Mühle in Saarau.

Die Firma Allendorf in Schönebeck beherrscht die Betriebe in Staffurt, Halberstadt und Werrgerode.

Die Schöffenerbrauerei in Cassel (und aller Voraussicht nach auch deren Schwesterbetriebe in Mainz und in Frankfurt am Main) gehört zum Bank-Konzern Arnold-Dresden.

Die Kaffeler Hercules-Brauerei hat fast alle Betriebe in der weiten Umgegend aufgekauft und alle bis auf einen stillgelegt.

Der Bavaria-Konzern Hamburg erstreckt sich auf 4 Brauereien in Hamburg, je 1 in Harburg, Odenburg, Jever, Aurich und Rankau b. Elmshorn. In 6 Orten hat dieser Konzern in den letzten Jahren die dort bestandenen Mittelbetriebe stillgelegt und dort Niederlagen errichtet.

Der Holsten-Konzern Hamburg umfaßt die gleichnamige Brauerei sowie zwei Betriebe in Neumünster und einen in Kiel.

Dem Haack-Beck-Konzern in Bremen gehören 5 Brauereien in Bremen, eine in Bremerhaven und 2 in Odenburg an.

In Stuttgart sind von 5 Betrieben 4 zu einer Interessengemeinschaft vereinigt.

In Süddeutschland besteht der Berger-Konzern, Worms, dem bis jetzt angehören der gleichnamige Betrieb in Worms und je 1 Betrieb in Frankenthal, Darmstadt und in Mannheim. Der zuletzt genannte und der Bergerische Betrieb haben je eine Anzahl Klein- und Mittelbetriebe aufgekauft. Der Konzern steht im Begriff, sich noch erheblich zu erweitern.

Bekannt ist, daß einige Dortmunder Großbrauereien im vorgelagerten östlichen Westfalen und in Lippe eine Anzahl Klein- und Mittelbetriebe durch Kauf der Kontingente an sich gezogen haben.

In der Malzkonzernindustrie gab es schon immer drei fest in sich abgeschlossene Wirtschaftskreise, die auch je ihre besondere Wirtschaftsorganisation hatten und in der Spitze im Bund Deutscher Malzfabrikanten zusammengeschlossen waren. Es waren dies das ostdeutsche Gebiet (Breslau); das mitteldeutsche Gebiet (Halle, Thüringen); das südwestdeutsche Gebiet (Mannheim, Schweinfurt). Malzkonzerne bestehen folgende: Der Wolf-Eisenberg-Konzern in Erfurt. Er umfaßt die Handelsmälzereien in Landsberg b. Halle, Schkeuditz, Arnstadt, Magdeburg und Egersleben, sowie die Betriebe von Wolf und Eisenberg in Erfurt. Je besonders zusammengeschlossen sind außerdem noch die Mälzereien in Nienburg, Niemberg und Könnern, sowie die gleichen Betriebe in Langensalza, Wolfs-Söhne in Erfurt, Mühlhausen und Großengottern. Inwieweit die hier genannten Interessenverbindungen wieder ineinanderschließen, ist nicht ersichtlich.

Zu erwähnen wäre noch die Interessenvereinigung von nur Sprit- bzw. Hefeinteressenten. Zu nennen sind die Firmen Bast-Nürnberg, Sinner in Grünwinkel, Bögel und Winkelhausen-Magdeburg, Siegmars, sowie eine Firma in Neuhaldensleben.

Im Saarstaat sind zwei größere Konzerne bekannt, die die dortige Getränkeindustrie beherrschen, der Kahlbaum-Schid-Konzern und der Rankler-Konzern.

Die Schlussfolgerung aus den vorgeführten Tatsachen müssen die Arbeiter der Getränkeindustrie ziehen: daß der wirtschaftliche Zusammenschluß vieler Betriebe in wenigen Händen einen noch engeren Zusammenschluß der Arbeiter bedingt, und daß die kommerzielle Verflechtung und Vermischung der verschiedenen Industriegruppen der Getränkeindustrie auch den Zusammenschluß der Getränkearbeiter notwendig macht. Diesen Weg zeigt uns die Entwicklung; ihr muß Rechnung getragen werden, wenn die Arbeiter ihre Interessen zu wahren verstehen.

Wechselseitige Profitpolitik zwecks Lebensmittelverteuerung.

Unsere Zeit ist eine schnellebige. Jeder Tag wirft neue Fragen auf, die das Alter zurückdrängen und schnell der Vergessenheit anheimfallen lassen. Denkschwächen lagern sich über den Verstand, besonders die Arbeiter daran erinnern, wie die gewerblichen und landwirtschaftlichen Erzeugerkreise unter dem Druck der zwangswirtschaftlichen Preisregelung im Laufe höchster Entfaltung nach der freien Wirtschaft verlangten. „Freie Wirtschaft“ war das Schlagwort, auf das Industrielle, Handels- und Gewerbetreibende sowie Bauern einstimmig schworen, mit ihrer Verwirklichung das Verschwinden aller wirtschaftlichen Abhängigkeiten in Aussicht stellend. Nach den Versicherungen der landwirtschaftlichen Erzeugerkreise war die Befreiung der Zwangswirtschaft eine dringende Notwendigkeit, wenn die solange durch sie gefesselten produktiven Kräfte wieder entfaltet und ein weiteres Zurückgehen oder Stagnieren der landwirtschaftlichen Produktion verhindert werden sollte.

Die Regierung kam diesen Forderungen nach. Die Zwangswirtschaft fiel, die freie Wirtschaft trat an ihre Stelle. Damit war die Bahn für den vorhergehenden wirtschaftlichen Aufstieg frei. Bemerkbar wurde davon aber den Verbrauchern nichts. Im Gegenteil gingen nunmehr die Preise, durch keinerlei Beschränkungen mehr zurückgehalten, mit rascher Schnelligkeit in die Höhe. Die Preistreiber nahmen einen nie geahnten Umfang an; Wucherer und Schieber hielten reiche Ernte, die Lebenshaltung der arbeitenden Volksschichten dagegen verschlechterte sich zusehends, weil die Löhne trotz aller Anstrengungen der Gewerkschaften, einen Ausgleich zu schaffen, den im rasenden Lauf aufwärts stürmenden Preisen nicht zu folgen vermochten. Papiermillarden, Papierhillionen wurden von der Notenpresse in immer unheimlicher wachsender Zahl in den Verkehr geworfen, bis der Zahlungsmittelumsatz da war. An seiner Herabführung trägt die Preistreiber der industriellen und landwirtschaftlichen Erzeuger neben der von ihnen zur Unzeit veranlassenen freien Wirtschaft einen großen Teil der Schuld. Erst die Stabilisierung der Markt machte mäßigen Preistreiber einen Ende. Was alle Appelle und Beschwörungen der Behörden an den Ohrsitzeln der Landwirte nicht zu erreichen vermochte, das führte das mit dem Auftreten der Rentenmarkt einsetzende Aufwachen der Angstkäufe, die wieder möglich gemachte Einfuhr von Lebensmitteln aus dem Ausland sowie die stärkere Heranziehung von Industrie, Handel und Landwirtschaft zur Steuerleistung herbei, von der sie bis dahin fast vollständig verschont blieben. Die zurückgehaltenen Warenvorräte kamen zum Vorschein. Auch Lebensmittel und Getreide waren da. Selbst aus dem Jahre 1922 erschienen noch größere Getreidemengen auf dem Markt, die in wucherischer Absicht zurückgehalten wurden. Das Angebot war so groß, daß die Lebensmittel teilweise unter dem Weltmarktpreis sinken mußten.

Wollte dieser Wirkung der freien Wirtschaft wären die Erzeuger, besonders die Großagrarier wenig erbaut, weshalb sie sich schnellst wieder zur Zwangswirtschaft bekehrten, indem sie nach Zollschutz stritten. Daß die Schutzpolitik, die sie nun wieder fordern, nur eine andere Form der Zwangswirtschaft darstellt, bedarf keiner eingehenden Darlegung. Der Schutz soll die Einfuhr wenn nicht völlig verhindern, so doch dadurch einschränken, daß er die aus dem Ausland kommenden Waren um den Betrag des festgesetzten Zollsatzes verteuert. Das hat die Wirkung, daß damit auch der Preis der Inlandwaren auf den durch den Zollschutz erhöhten Weltmarktpreis steigt. Der Unterschied zwischen der verfallenen Zwangswirtschaft und der Schutzpolitik besteht nur darin, daß erstere den Zweck hatte, die Warenpreise niedrig zu halten, mit letzterer dagegen die Absicht verfolgt wird, dieselben zu erhöhen. Daß diese Erhöhung bei Wiederanwendung der früheren Zollsätze keine geringfügige sein würde, zeigt die Vorteile, die den Großagrarier aus der Zollpolitik der Vorkriegszeit zlossen. In den Jahren 1907 bis 1910 berechneten sich dieselben allein aus den Getreidezöllen auf nicht weniger wie 2680 Millionen Goldmark, die ihnen das deutsche Volk in Form der Brotverteuerung zahlen mußte.

Wie damals die freie Wirtschaft wird die von den Agrariern angestrebte Schutzpolitik als unbedenklich notwendig bezeichnet, um den Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion zu verhindern, einen neuen Anreiz zur Entfaltung höherer landwirtschaftlicher Leistungen zu schaffen. Alles natürlich zum Besten des Volkes, denn heutzutage ist der tägliche Lebensbedarf verteuert werden soll, denn den Zoll trägt — wie die Agrarier großmütig versichern — das Ausland. Das ist nach dem ausgeführten Schwindel, genau so Schwindel, wie die angeblich durch die Schutzpolitik herbeizuführende Steigerung der Produktion. Was die Agrarier mit der Aufhebung der Zwangswirtschaft erreichen wollen und jetzt mit der Wiederanwendung der Schutzpolitik beabsichtigen, sind lediglich höhere Preise für ihre Produkte. An der Steigerung der Produktion haben sie kein Interesse. Diese zu erreichen, sind Preissteigerungen erfahrungsgemäß das ungeeignetste Mittel. Technische und organische Fortschritte zur Erhöhung der Produktion

erfolgen in der Regel stets unter dem Druck wirtschaftlichen Zwanges. Diesem wollen sich aber die Agrarier gerade entziehen. Mit besonderen volkswirtschaftlichen Kenntnissen sind unsere Großagrarier im allgemeinen nicht beschenkt. Das wissen sie aber nur zu gut, daß verstärkte Produktion erhöhtes Angebot und sinkende Preise hervorruft. Das wollen sie verhindern, und die Regierung zeigt ihnen hierbei verständnisvolles Entgegenkommen. Mit welchem Erfolg, beweist bereits die Aufhebung des Getreidezolls, die sofort eine Erhöhung der Getreide-, Brot- und Fleischpreise hervorrief. Die Einfuhr von Schutzgütern würde sie noch weiter steigern.

Es ist rührend, wie sehr sich die Regierung um das Wohl der Produzenten besorgt zeigt. Diese brauchen nur Wünsche zu äußern, alsbald schwenkt die Regierung ein, ohne besonderes Widerstreben werden sie erfüllt. Die Arbeiter sind ein berartiges Entgegenkommen nicht gewöhnt. Hunderttausende von Arbeitern sind als Opfer der gegenwärtigen Wirtschaftskrise arbeitslos oder auf Kurzarbeit beschränkt, leiden mit ihren Familien bittere Not. Millionen von Kriegs- und Sozialrentnern müssen sich mit den kärglichen Renten zufrieden geben. Hunderttausende von proletariats sind mit ihren Familien in Wohnungen zusammengedrängt, denen gegenüber die Zellen der Gefängnisse und Zuchthäuser ideale Wohngelegenheiten darstellen. Für sie alle hat die Reichsregierung zur Verbesserung ihrer Lage nichts anderes als Verteilungen oder Drohungen übrig. Das war schon unter dem alten Obrigkeitsstaat so, unter dessen Regime die Großagrarier in besonderer Maße gehütet wurden, so daß sie sich geradezu als Reichsbesitzer betrachteten; was ihre Annahme erhobte. Das Schreien und Bettelreiben aller anderen Interessen wurde ihnen zur Gewohnheit. Die Arbeiter dagegen waren infolge ihrer politischen Rechtlosigkeit lediglich Objekt der Gesetzgebung, deren Wünsche man ignorierte konnte, wenn man es nicht vorzog, ihnen die kalte Faust zu zeigen. Soll diese Politik wieder eingeleitet werden? Das braucht nicht der Fall zu sein, wenn die Massen der Arbeiter sich ihrer Stellung zum Staate bewußt sind. Nur Uneinigkeit, Teilnahmslosigkeit macht sie ohnmächtig. Eng aneinander geschlossen ist die Arbeiterkraft imstande, alle das Gemeinwohl schädigenden Pläne gewisser Interessentengruppen abzuwehren und die Anerkennung ihrer berechtigten Forderungen durchzusetzen.

Dawes-Gutachten und Arbeitnehmer-Interesse.

Von Professor Dr. Julius Hirsch.

II.

2. Annahme oder Ablehnung?

Hätte Deutschland die Wahl zwischen vorläufiger Lösung wie sie Rathenau zunächst für kürzere Frist vorschlug hätte, und dem Plan der Sachverständigen, so würde man sehr wahrscheinlich heute gern die Rathenau-Lösung wählen. Die Wahl steht aber über nicht mehr Dawes oder Rathenau, sondern Dawes oder Ricum-System. Und nachdem dieses unglückselige der Entente nicht sehr viel einbringende, Deutschland aber in unerträglicher Weise belastende System einmal da ist, ist für jeden vernünftigen Urteilsbesitzer eine Ablehnung des Dawes-Gutachtens ganz ausgeschlossen. Seine Voraussetzung ist zum mindesten die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftseinheit, und auf absehbare Zeit kostet es Deutschland als Ganzes nicht mehr, sondern weniger als dieses Bruchstück unter der Ruhrbesetzung, das außerhalb Deutschlands wirtschaftlich zerfällt. Für die deutsche Arbeitnehmerschaft im besonderen ist aber offensichtlich, daß sie schon jetzt unter dem Ricum-System in unerträglicher Weise leidet, weil die Unternehmer der Reparationsprozesse auf sie und ihren Lohn diese Last weitgehend mit abwälzen haben und weiter abzuwälzen vermögen, und weil sie trotzdem wegen dieser Lasten überhöhte Preise nehmen müssen, die Arbeiter also auch als Verbraucher dadurch bei den wichtigsten Rohstoffen, insbesondere bei der Kohle, schwerstens geschädigt werden. Das Ricum-System erzwängt neben anderen Umständen zu hohe Warenpreise in Deutschland, diese drücken die Ausfuhrsmöglichkeit und machen unsere Handelsbilanz passiv, erhöhen damit die Nachfrage nach Devisen. Deshalb bedroht das Ricum-System, je länger desto mehr, die deutsche Währung mit neuer Erschütterung. Daß aber von einer neuen Instanz die Arbeitnehmerschaft am schwersten getroffen werden würde, das hat Grafmann vor dem Sachverständigen-Komitee so eindringlich dargelegt, daß dieses die Ausführungen in der ganzen Welt verbreitet hat. Das Sachverständigen-Gutachten ablehnen, bedeutet nicht leicht möglich, aber jedenfalls nicht vernünftige und erst recht nicht nationale Politik. Es anzunehmen, bedeutet darum noch lange nicht den Verzicht auf höchste Erreichung einer besseren Lösung, die durchaus möglich erscheint. Und die Annahme bedeutet erst recht nicht den Verzicht auf gerechtere Verteilung der Lasten in Deutschland selbst, als sie nach dem Schema des Sachverständigen-Gutachtens, das hier gerade die wichtigsten Wege noch offen läßt, sich hier automatisch zu ergeben scheint. Die Last steht nun fest. Das andere Ziel muß sein, solche Formen zu finden, die sie möglichst unmerklich und schonend abdrückt, das innere aber die Lasten nicht wieder einseitig auf die Lebenshaltung der breiten Masse abzuwälzen, wie es die bisherige Politik der Inflation in so unendlich leidvoller und bitterer Weise getan hat.

3. Wirkungen der Annahme des Gutachtens.

Alle Voraussicht nach wird die Annahme des Gutachtens schon recht bald gegenüber der heutigen Lage wesentliche Verbesserungen in der deutschen Wirtschaft zur Folge haben, wenn auch diese Verbesserungen nicht das

von manchen erträumte Ausmaß erreichen, nicht einmal dasjenige, was eine gradlinige Fortführung der Politik Rathenau zur Folge gehabt hätte. Insbesondere wird die Einfuhr von Dorschwaren einer echten Währungsstütze gegenüber der letzten Weltwirtschaftskrise eine weit größere Sicherung vor neuer Inflation bedeuten und damit der gesamten Wirtschaft erst wieder den Boden für eine gesunde bauerhafte Weiterentwicklung geben. Darüber hinaus darf aber nach einer gewissen Uebergangszeit eine wesentliche Besserung der Wirtschaft des Landes erwartet werden, weil zunächst die Weltmärkte zu weichen fallen. Es ist zwar eine zu optimistische Meinung, wenn ein Kritiker glaubt, daß nicht nur diese Lasten wegfallen, sondern auch noch die 800 Millionen Goldmark anleihe, die hereintommend, gemissermaßen der deutschen Volkswirtschaft zuzufallen. Für diese 800 Millionen werden ja vielmehr auch die Kohlen- und sonstigen Sachleistungen hinausgehen, also wie bisher unserer Wirtschaft entzogen. Nur die Zahlungen dafür werden ihr nicht mehr ohne Gegenleistungen entzogen. Um diese 800 Millionen Goldmark steht sich die deutsche Wirtschaft also im ersten Jahre jedenfalls zunächst einmal besser. Sogar um einen bedeutend größeren Betrag, weil die Hemmnisse, die das Ricum-System über uns ganz unproduktiv verhängt hat, auch wegfallen werden, also die Zollgrenzen gegenüber dem besetzten Gebiet, die Begrenzung der Zölle und Abgaben, die Verkehrsbeschränkungen. Zu Anfang nächsten Jahres kommt eine weitere bedeutsame Veränderung unserer Situation, die wir der Arbeit unserer Unterhändler auf der Konferenz von Genoa, insbesondere derjenigen von Rathenau, verdanken. Bis hierher waren wir auf dem Weltmarkt nicht gleichberechtigt. Die sogenannten „einseitige Weltdehnung“ des Versailler Vertrages bedeutete, daß wir allen Orientenständen jeglichen Vorteil bei Einfuhr- und Ausfuhr einräumten mußten, während die anderen uns gegenüber keinerlei Vorteile gewähren. Deswegen bekamen wir für unsere Ausfuhr, wie wir in Cannes berechnet haben, 20-25 Proz. weniger, als der Weltmarkt Wert war, das ist im Jahre beinahe 1 Milliarde Goldmark, den wir dann größtenteils vorwiegend mehr hereinholen können, oder fast 4 Proz. unseres Volkseinkommens.

Doch sei auch hier davor gewarnt, diese günstigen Wirkungen zu schnell zu erwarten. Trotz der Annahme des Dawes-Gutachtens müssen wir durch die scharfe Bereinigungspolitik hindurch, weil in der unglückseligen Inflationszeit unsere Industrie- und Handelswirtschaft sich vollkommen falsch organisiert hat. Wir haben viel zu viel Betriebe in Handel und Bankwesen und viel zu viel und auch rückständige Betriebe in unserer Industrie. Eben deswegen sind wir, während unsere landwirtschaftlichen Preise unter dem Weltmarkt liegen, unsere Löhne noch recht beachtlich darunter bleiben, mit unseren industriellen Preisen darüber, und diese Misverhältnisse in der Wirtschaft kann nur eine Krise beseitigen. Je schneller sie kommt, desto besser, insbesondere auch für die Arbeiter; übrigens auch mit Rücksicht auf das Dawes-Gutachten. Die Besserung unserer Wirtschaft soll ja teilweise gemessen werden an dem Aufstieg der nächsten vier Jahre. Geht die Bereinigung zu langsam, so steht etwa als Aufstieg aus, was nur Säuberung doch ganz ungelunden Parasiten in der Volkswirtschaft ist (der badische Lebensmittelhandel hat zwar weniger Ware als im früheren, aber fünfmal so viel Großhändler gehabt). Die wollen alle von den Warenpreisen mitleben und sind doch zu vier Fünfteln mindestens überflüssig).

Darüber hinaus ist der Zustand, den der Dawes-Bericht schaffen wird, sicherlich weit besser als der jetzige unter dem Ricum-System, den wir der unglückseligen Politik der Nichterfüllung nach System Gittner-Rathenau-Habenschein verdanken, aber doch nicht weniger als ein idealer oder auch nur wirtschaftlicher Zustand. Deutschland im allgemeinen, die deutschen Arbeitnehmer im besonderen, haben allen Anlaß, weitgehende Verbesserungen auch am Dawes-System zu erwarten und eine gleichbewußte Politik darauf einzustellen. Die hauptsächlichsten Bedenken gegenüber dem Dawes-Gutachten liegen in vier Punkten:

1. Die Belastung des deutschen Volkes wird dadurch bedeutend schwerer als der Dawes-Bericht annimmt.
2. Der Plan enthält eine wirtschaftliche Ungerechtigkeit, indem er schon Teile der deutschen Schuld kapitalisiert, d. h. Teile des deutschen Volkseinkommens vorweg verkaufen will, ohne daß überhaupt gesagt ist, wieviel denn die Last beträgt, also welche Teile des deutschen Volkseinkommens überhaupt gefordert werden.
3. Recht beträchtliche Gefahren liegen darin, daß die Eisenbahnstraßen nicht mehr nach den Interessen der deutschen Wirtschaft allein festgelegt werden, und vor allem auch, daß die deutsche Zinspolitik nicht mehr in unserer eigenen Hand, sondern im Interesse der „Transferierung“ in fremde Hand geht. Darin liegt aber eine recht beträchtliche Gefahr für das künftige Lohnniveau.
4. Die Verteilung der Lasten, die der Bericht vornimmt, ist zunächst einmal, zweifelsohne, ungerecht und trifft unverhältnismäßig schwer die Arbeitnehmerschaft in ihrer Eigenschaft als Arbeiter sowohl wie als Verbraucher. Wir wollen diese Mängel untersuchen, um daraus die wirtschaftlichen Richtlinien zu finden, nach denen Umgestaltung und Ausbau unseres Reparationsystems unter allgemeinen Gesichtspunkten sowohl wie insbesondere unter demjenigen der Arbeitnehmerschaft sich zwingend ergeben.

Zu 1. Die Last ist schwerer als angenommen. Es gilt bei manchen „Sachverständigen“ des Reichsverbandes der Deutschen Industrie stets als patriotische Pflicht, die deutsche Wirtschaft als reitungslos passiv darzustellen, also als eine solche, die mehr verzehrt als sie erzeugt. Insbesondere wurde der Lichtstundentag als die Ursache dieser immer weitergehenden Verelendung der deutschen Wirtschaft bezeichnet. Daß diese ganze Denkweise der Wirklichkeit nicht entspricht, ist in meiner Schrift „Die deutsche Währungsfrage“ eingehend dargelegt. Auf das Ausland aber haben derartige pseudopatriotische Behauptungen genau gegenteilig gewirkt. Auf Grund der bitteren Klagen über Verelendung der Wirtschaft erwartete man in Deutschland heruntergewirtschaftete Eisenbahnen, zerfallene Fabriken, vielstündige sogar unterernährte Arbeiter zu finden. Statt dessen sah man ausgebaute Fabriken, ein ganz leblich wieder hergestelltes Eisenbahnsystem und bis vor kurzem eine verhältnismäßig große Zahl neuer Unternehmer und keine Zusammenbrüche

Korrespondenzen

Pöham. Wie heute die Arbeiter behandelt werden. Der Braumeister und der Herr Baron von der Schloßbrauerei in Pöham verbieten den Arbeitern...

zu erwartenden Aufschwung der Konjunktur wieder eingestellt werden. Der Betriebsrat protestierte zwar gegen das Aussehen...

Henry Ford kein Prohibitionsdiktator. Nach den N. Y. Daily News vom 23. Juli 1924 werden die Berichte aus New York...

Der Brauwirtschaftsplan in den Vereinigten Staaten beläuft sich nach einer Untersuchung Jack O'Donnells in „Colliers Weekly“ auf Grund amtlicher Schätzungen...

Zur Behebung der Wohnungsnot. Als Tochtergesellschaft der Reichswohnungsfürsorge u. G. für Beamte, Angestellte und Arbeiter in Berlin wurde von den Arbeiter- und Angestellten-Organisationen...

Sarbrücken. In der Brauerei Neufang wurde vor nicht allzulanger Zeit eine Schallenderordnung herausgegeben, und zwar im Einverständnis mit den beiden Vertrauensleuten dieses Betriebes...

Rundschau

Arbeitslose Verbandsmitglieder im Juni 1924. Von den 66 000 Mitgliedern des Verbandes ist über 62 000 berichtet. Arbeitslos waren nun hundert männlich...

Table with 3 columns: Category, I, II, III. Rows include 'für männl. Personen' and 'für weibl. Personen'.

Aussehen muß bezahlt werden. Die Aktiengesellschaft für Anstaltsbau (Ag) mußte Mitte Mai wegen abnehmender Geschäftslage ihren Betrieb erheblich einschränken...

Literarisches. Was hat der Betriebsrat zu tun? Herausgegeben von der Gewerkschaftlichen Betriebsratzentrale der Berliner Gewerkschaftskommission...

Verbandsnachrichten

Verbandsrat, Reichsrat und Exekutivrat der „Verbands-Zeitung“ Berlin D. 27. Schilderstraße 6 IV. Fernsprecher: Amt Köpenick 275.

Gumbinnen, Rastenburg, Frankenstein, Greiburg i. Schl., Glogau, Gehlshausen, Giesberg, Löwenberg, Dela, Saarau, Weußen, Cöfel, Giesmannsdorf, Hindenburg, Sandrzejn, Geobald, Reiffe, Reiffend...

Eingänge der Hauptkasse

vom 4. bis 16. August. (Postkontos der Hauptkasse: Berlin 12 070 Brauerei und Mühlenarbeiter G. m. B. G., Berlin D. 27.)

Aus den Bezirken und Ortsvereinen. Götrow. Alle Sendungen an Dorf, Erich Schütt, Ulrichstraße 7. Kreuzberg D. Schil. Post: Wilh. Trautmann, Schloß Elguth...

Tobakzanzeige. Hiermit allen Freunden, Bekannten und unserer werten Kundenschaft zur Mitteilung, daß mein Bruder Bernhard Wiltber...

Nachruf. Es starben die Kollegen: Bruno Weinhold, Müller, Geringswalde, langjähriger Vertrauensmann...

HELLOPP 1924! Wassereiser! (prima Reinrindleder, Gerben, Soden, Schoner, sowie Hochdrucklohlen...

Der Kollege Georg Berger wurde durch ein schweres inneres Leiden (Magendruck) im Alter von 62 Jahren...

Brauerschuh aus Reinrindleder, wasserfest, extra starke Holzsohlen...

Unsern Kollegen Josef Stöckl, Brauer in Pöham und seiner lieben Frau zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.

Galoschen, 2-Schnallen-Brauerschuh, Schnürschuh und Schallfellei mit Holzsohlen...

Unsern Kollegen Adolf Ohme und seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.

Ideal-2-Schnallenholzschuh unbedeutend 7,50 Mk. besticht 9,- Mk. Meine Aufgabe ist es, den Kollegen aufrechtzuerstellen...

Spezialschuh für Brauer unübertroffen. Garantiert wasserdicht, Schwarzleder oder braunes Bullrindleder...

Brauerische, Galoschen, Holzpannen aus Ia Rindleder, liefert gut und billig Holzschuhfabrik J. Giese, Berlin-Neukölln, Hermannstr. 11...